

Asientag 2021: Monolog oder Dialog



Westpapua: Konflikt, Ausgrenzung und Rassismus

Zum Auftakt rekapitulierte Moderatorin Rina Yanike Krebru (Evangelische Kirche in Papua) die Protestbewegungen in Westpapua seit 2019 als Studierende begannen, Demonstrationen gegen Rechtsverletzungen und Rassismus gegen die Bewohner:innen Westapuas zu organisieren. Die papuanische Aktivistin Rosa Moiwend schloss in ihrem Input daran an und ergänzte, dass bereits Jahre zuvor ein westpauanischer Student in Yogyakarta von radikal-nationalistischen Milizen misshandelt wurde, was den seit langer Zeit existierenden strukturellen Rassismus gegenüber Westpauaner:innen in die Öffentlichkeit trug. Moiwend führte weiterhin aus, dass das rassistische Verhalten gegenüber Westpauaner:innen historisch hauptsächlich von Außenstehenden ausging, beispielsweise von christlichen Missionaren, welche die lokale Bevölkerung aus der nicht-religiösen Dunkelheit befreien wollten. Der christliche Glaube, insbesondere der katholische, führte zum Verbot vieler lokaler Praktiken und oft zur Aufgabe der eigenen Identität vieler Westpauaner:innen. Mit der Besetzung Westpauas durch Indonesien in den 1960er Jahren setzte sich dieser Prozess fort, da die indonesische Zentralmacht mit der Annahme nach Westpapua kam, dass die ansässige Bevölkerung primitiv sei und entwickelt werden müsste. Moiwend zeigte dabei auf, dass der Prozess, die Bewohner:innen Westpauas zu Indonesier:innen zu machen, an sich bereits eine rassistische Idee ist. Diese wird bis heute in Bereichen wie dem Arbeitsmarkt, Schulbildung oder der Landwirtschaft widergespiegelt.

Andreas Harsono von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch Indonesien, legte in seinem Vortrag das Augenmerk auf die Informationspolitik rund um den Konflikt in Westpapua. Trotz der Tatsache, dass er wöchentlich neue Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Region erhält, sei es schwierig, diese zu verifizieren. Dies liege vor allem an der fehlenden Glaubwürdigkeit von Angaben seitens der indonesischen Regierung, aber auch an einseitiger Berichterstattung vieler großer indonesischer Medienhäuser. Eine solch unzureichende Informationslage wirke sich automatisch auf den demokratischen Zustand von Gesellschaften aus, so Harsono. Hinzu kämen systematische Einreisebeschränkungen und bürokratische Hürden für ausländische Beobachter:innen und Journalist:innen, die die indonesische Regierung seit 1967 vornehme. Veronica Koman, Menschenrechtsanwältin im Exil, rundete die Vortragsrunde ab und machte dabei auf die Konsequenzen des bewaffneten Konflikts für die lokale Bevölkerung aufmerksam. Dieser, ausgetragen zwischen der westpauanischen Befreiungsarmee und dem indonesischen Militär sowie der indonesischen Polizei, werde oft beschönigt. Die indonesische Regierung spricht häufig von Strafverfolgungsoperationen, obwohl es sich nach humanitärem Völkerrecht klar um bewaffnete Konflikte mit Opfern und Zerstörungen handele. Der Fakt, dass die Befreiungsarmee Westpauas dabei konstant an Zuspruch gewinnt, zeige, dass der repressive Ansatz der indonesischen Regierung zum Scheitern verurteilt sei, so Koman. Eine weitere Taktik Indonesiens sei es, bei Zwischenfällen, insbesondere vermuteten Tötungen durch das eigene Militär, die Mobilnetze in der entsprechenden Region abzuschalten, um den Informationsfluss nach außen zu stoppen. Der Konflikt zwingt viele Menschen zudem in die Flucht. Laut Koman gibt es derzeit mindestens 50.000 Binnenvertriebene in Westpapua, viele davon Kinder. Ein Großteil kehre nie in ihre Heimatorte zurück aus Angst von indonesischen Sicherheitskräften als Angehörige der Befreiungsarmee stigmatisiert zu werden. Die Flucht ende für einige jedoch auch tödlich.

Anschließend an die Vorträge folgte eine Fragerunde, welche sich vor allem auf die Rolle der Kirchen, die Informationslage zu Westpapua, Fluchtursachen und mögliche Solidarität aus Europa fokussierte. Während die Kirchen zunehmend Verantwortung im Konflikt übernehmen und lokale Initiativen unterstützen würden, bleibe die Lage für lokale Medien schwierig. Dennoch seien sie die vertrauenswürdigsten Informationsquellen. Die Vortragenden bekräftigten zudem alle den Wunsch nach Solidarität der

europäischen Zivilgesellschaft. Diese könne sowohl durch Spenden oder Unterstützung freier Medien erfolgen als auch durch einen verstärkten Austausch mit den eigenen Abgeordneten und der kritischen Auseinandersetzung mit Entwicklungsgeldern und Waffenexporten.

Bericht von Simon Kaack